

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Worin sieht die KPCh ihre außenpolitische Aufgabe?

Lange Zeit verstand sich die KPCh als Fackelträgerin sozialistischer Zielsetzungen. Ganz in diesem Sinne hatte Lin Biao 1965 die Formel vom Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte entwickelt: die Dritte Welt möge sich nach dem während der 30er und 40er Jahre von China vorexerzierten Yan'an-Modell orientieren und unter der Führung ihrer jeweiligen kommunistischen Partei (damit letztlich aber auch unter Führung der KPCh) zum "Volkskrieg" gegen die reaktionären Regierungen aufmachen, wobei es empfehlenswert sei, "Volksarmeen" aufzubauen und "Befreite Stützpunkte auf dem Lande" zu errichten.

Zeiten, in denen Vorstellungen dieser Art verbindlich waren, sind längst vorbei. Die KPCh beansprucht trotz ihrer vielen Fehleinschätzungen in der Vergangenheit nach wie vor das Führungsmonopol und hat innen- sowie wirtschaftspolitisch in der Tat seit Beginn der Reformen einen Weg gefunden, der China höchst erfolgreich erscheinen läßt. Was aber bleibt der KPCh auf außenpolitischem Gebiet zu tun? Offensichtlich noch sehr viel, da die KPCh im Jahre 1996 nicht weniger als 101 Delegationen von Parteien verschiedenster Couleur aus nicht weniger als 57 Ländern empfangen und selbst 42 Delegationen in 50 Länder entsandt hat.

Inzwischen hat sich die KPCh in ihrem außenpolitischen Verhalten jenen Kernbeschlus des XIV. Parteitags von 1992 zu eigen gemacht, daß es für die chinesische Politik fortan nur noch *ein* Zentrum (*yige zhongxin*) geben soll, das, anders als zu Maos Zeiten, nicht mehr im Klassenkampf, sondern in der Wirtschaft, in der Wirtschaft und nochmals in der Wirtschaft besteht. U.a. haben KPCh-Delegationen deshalb den Auftrag, nicht mehr an ideologischen Un-

terschieden zu anderen Parteien Anstoß zu nehmen, sondern sich - entsprechend den "Vier Prinzipien - Unabhängigkeit, Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen" - vor allem um Wirtschaftsangelegenheiten zu kümmern und, wo immer möglich, auch Geschäftsabschlüsse, Investitionen und andere Formen wirtschaftlicher Kooperation zu fördern. Berührungsscheu ist für die KPCh inzwischen ein Fremdwort: Zwar nimmt sie nach wie vor an KP-Parteitag teil (wie beispielsweise Li Peng am VIII. Parteitag der KPV oder wie Wen Jiabao am VI. Parteitag der Revolutionären Volkspartei von Laos), doch scheut man sich andererseits nicht, sich als einzige "Kommunistische Partei" sogar an Kongressen christlich ausgerichteter Parteien zu beteiligen, so z.B. an den Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum der Christlich-Sozialistischen Partei Venezuelas. Von den 36 ausländischen Parteien, die hier durch Anwesenheit glänzten, war die KPCh die einzige nicht christliche und "sozialistische" Partei (Interview mit der Leiterin der Abteilung für Internationale Verbindungen beim ZK der KPCh, Li Shuzheng, BRu, 1997, Nr.3, S.9-14.)! -we-

*(2)

Chinas "Fünf Schritte" bei der APEC

Am 24./25. November fand im philippinischen Subic-Bay der 4. informelle Gipfel der APEC (Asien-Pazifik-Wirtschaftskooperation) statt, bei dem Staatspräsident Jiang Zemin erneut persönlich anwesend war. Damit hat er seit dem Beitritt Chinas im Jahre 1992 - an allen vier Gipfelkonferenzen teilgenommen.

Das erste dieser Treffen hatte im November 1993 in Seattle stattgefunden und den Reigen zahlreicher Handelsliberalisierungsmaßnahmen eröffnet.

Im November 1994 war das zweite informelle Gipfeltreffen nach Bogor (Indonesien) einberufen worden. In der "Bogor-Deklaration" wurde die Han-

dels- und Investitionsliberalisierung bis zum Jahre 2010 für die entwickelten Mitgliedsstaaten und bis zum Jahre 2020 für die Entwicklungsstaaten der APEC beschlossen.

Im November 1995 erging dann, bei der dritten Konferenz in Osaka (Japan), ein "Aktionsplan", der die Handelsliberalisierung in 15 Punkten konkretisierte.

Im November 1996 schließlich wurden die "Subic-Deklaration" und der "Manila-Aktionsplan" verkündet - Leitdokumente, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die technologische Zusammenarbeit weiter ausdefinierten. Von den 18 Mitgliedern hatte nicht zuletzt China immer wieder darauf hingewiesen, daß die Liberalisierung zwar im Bereich von Handel und Investitionen gute Fortschritte gemacht habe, während die technische Zusammenarbeit noch sehr zu wünschen lasse. Hier bestehe Nachholbedarf.

Jiang Zemin hatte bereits auf dem Osaka-Gipfel fünf Schritte angekündigt, die die chinesische Regierung im Laufe des Jahres 1996 im Hinblick auf Handels- und Investitionserleichterungen unternehmen wolle, nämlich (1) die Herabsetzung der Importzölle um mindestens 30% bei über 4.000 Warenkategorien, (2) die Aufhebung von Tarifquoten und Importkontrollmaßnahmen bei weiteren 170 Warenkategorien, (3) Liberalisierungsschritte bei chinesisch-ausländischen Joint Ventures im Außenhandelsbereich (u.a. erhielten Shenzhen und Shanghai grünes Licht für die Genehmigung von Investitionsprojekten bis zur Höhe von 30 Mio. US\$. Zuvor hatte dieses Limit bei 10 Mio. US\$ gelegen; Joint Ventures mit höherem Kapitalanteil mußten in Beijing konzessioniert werden.), (4) weitere Liberalisierungsschritte bei chinesisch-ausländischen Joint Ventures im Einzelhandel und (5) die teilweise Devisenfreigabe für bestimmte Außenwirtschaftsbetriebe - und zwar mit dem langfristigen Ziel, den Renminbi Yuan so schnell wie möglich frei konvertibel zu machen.

Die APEC-Konferenzen sind für China nicht zuletzt deshalb so bedeutsam, weil dort persönliche Beziehungen zu den Präsidenten und Regierungschefs der anderen Mitgliedsstaaten (Australien, Brunei, Chile, China, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Thailand und USA (sowie zu Hongkong und

Taiwan, "chinesisch Taibei")) geknüpft werden können. Vor allem konnte Jiang hier auch immer wieder Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton aufnehmen und so auch in Zeiten bilateraler Spannungen für eine gewisse "Normalität" sorgen. (XNA, 23., 24. und 26.11.96) -we-

*(3)

Besuch des chinesischen Verteidigungsministers in den USA

Chi Haotian, der Verteidigungsminister der VR China, besuchte Anfang Dezember 1996 die USA und traf am 9. Dezember auch mit Präsident Clinton sowie mit Verteidigungsminister William Perry zusammen (XNA, 11.12.96).

Chis Besuch war seit 1988 die erste Visite eines chinesischen Verteidigungsministers in den USA.

Der 67jährige Chi Haotian ist den Amerikanern als Hardliner bekannt, der bereits im Koreakrieg gegen die USA gekämpft hatte. 1989 war er überdies Oberkommandierender jener Einheiten, die das Tiananmen-Blutbad angerichtet hatten.

Chi bezeichnete Berichte über angebliche Exporte chinesischer Atomwaffentechnologie nach Pakistan und Iran schon gleich zu Beginn seiner zehntägigen US-Reise als "übertrieben". Die Medien hätten das Thema aufgebauscht; viele der genannten Probleme gebe es gar nicht.

Ihm, Chi, gehe es vor allem um zwei Hauptanliegen: (1) China und die USA hätten die Pflicht, für Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum zu sorgen, (2) die USA dürften ferner - gemäß den zwischen Washington und Beijing unterzeichneten "Drei gemeinsamen Kommuniqués" keine Waffen mehr an Taiwan liefern (XNA, 9., 10. und 11.12.96).

Bei den Gesprächen mit Clinton wurde das Thema der Kernwaffentechnologie-Verbreitung zwar nicht angesprochen, doch zählte die Kontroverse, wie Verteidigungsminister Perry später erklärte, zu den Schlüsselthemen der Gespräche, zumal US-Interessen sogar durch legale Waffenverkäufe an den Iran bedroht würden; solche Verkäufe könnten übrigens angesichts der wachsenden Abhängigkeit Chinas vom Erdöl aus der Golfregion eines Tages auch für die Volksrepublik selbst zum Problem werden, sollten in der Golfregion Konflikte ausbrechen.

Die Amerikaner überreichten Chi und seiner 20köpfigen Delegation einen Entwurf für ein Militärabkommen über Berichterstattungsmodalitäten bei Militärmanövern. Eine ähnliche Vereinbarung hatten die USA 1972 bereits mit der UdSSR getroffen. Hierbei geht es um eine Art Verkehrsregelung zur Vermeidung von Konfrontationen bei Luft- und Seemanövern.

General John Shalikashvili, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, wies sogar auf die Möglichkeit gemeinsamer "einfacher" Manöver, wie "search and rescue" im Südchinesischen Meer hin. Es gehe dabei um "vertrauensbildende Maßnahmen", ja um einen "strategischen Dialog" als Teil einer "militärischen Beziehung", betonte er (SCMP, 12.12.96).

Von Waffenlieferungen der USA an die VR China war offiziell nicht die Rede - dies dürfte schon aus Rücksicht auf Taiwan nicht sein! Ob aber hinter den Kulissen nicht auch hier Vereinbarungen getroffen wurden, ist eine andere Frage; zumindest steht fest, daß im Zeichen der zahlreichen Abrüstungsmaßnahmen der USA selbst modernste Waffen aus Beständen der US-Armee bezogen werden können - und sei es durch Bestellung via Internet (u.a. wurde über diese Möglichkeit in der Sendung "Monitor" des ARD am Abend des 13.2.97 berichtet).

Nach amerikanischen Angaben stimme der chinesische Gast "im Prinzip" zu, daß die US-Marine Hongkong auch nach dem 1. Juli 1997 noch anlaufen dürfe: Wiederum ein Beweis dafür, daß den Chinesen amerikanische Militärpräsenz in Ostasien grundsätzlich nicht unwillkommen ist; wäre doch eine Remilitarisierung Japans die wahrscheinlich unvermeidliche Alternative zu einer sich zurückziehenden US-Navy.

Clinton muß sich wegen seines Zusammentreffens mit Chi dafür schelten lassen, daß er dem "Schlächter von Beijing" die Hand gereicht habe (SCMP, 12.12.96). Chi wies demgegenüber darauf hin, daß kein einziger Demonstrant auf dem Tiananmen zu Tode gekommen sei (ebd.). -we-

*(4)

Besuch des chinesischen Staatspräsidenten in Pakistan

Auf der dritten Station seiner Vierländerreise durch Asien (Philippinen, Indien, Pakistan, Nepal) besuchte Staats-

präsident Jiang Zemin vom 2. bis 5. Dezember 1996 die Islamische Republik Pakistan, und erneuerte damit eine "Freundschaft, die durch Wind und Wetter standgehalten hat", wie immer wieder betont wurde (XNA, 2.12.96). In der Tat haben seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten im Jahre 1951 nicht weniger als vier chinesische Staatspräsidenten Pakistan besucht, nämlich Liu Shaoqi 1966, Li Xiannian 1984, Yang Shangkun 1991 und jetzt Jiang Zemin. Jiang hielt vor dem pakistanischen Senat eine Rede über die Beziehungen Chinas zu Südasien und besuchte anschließend auch noch die Regierung des größten pakistanischen Bundesstaats, des Punjab in Lahore. Insgesamt wurden während des Jiang-Besuchs sieben Kooperationsabkommen unterzeichnet, die sich auf Umweltfragen, auf Stadtentwicklung, auf wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie auf den gemeinsamen Kampf gegen den Drogenhandel bezogen. Auch die beiden staatlichen Handelskammern wollen in Zukunft enger zusammenarbeiten. Ferner soll die chinesische Dongfang-Gruppe ein Hydro-E-Werk bauen, das von der Weltbank sowie der Asiatischen Entwicklungsbank mit einem Gesamtaufwand von 250 Mio. Dollar finanziert wird (XNA, 2.12.96).

Beide Seiten erinnerten daran, daß China den Pakistanis in der Vergangenheit beträchtliche Hilfe geleistet und auch mehrere Projekte finanziert sowie durchgezogen hat, angefangen vom Schwermaschinenkomplex in Taxila über den Bau der Karakorum-Hochstraße bis hin zur Erschließung der Saindak-Kupfer-Gold-Minen und zur Errichtung des KKW Chashma (XNA, 5.12.96). Ein Punkt, der nicht laut zur Sprache kam, über den aber vor allem Indien besorgt ist, bleibt die enge Rüstungszusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, die besonders intensiv geworden ist, seit die USA - unter der Beschuldigung, daß China an Pakistan auch Nuklearwaffen und Raketen liefere, ihre Lieferungen an die Islamische Republik weitgehend eingestellt haben. 1995 und 1996 warnte Washington auch die VR China davor, weiterhin M11-Raketen und nuklearbombenfähiges Material an Pakistan zu liefern.

China bestreitet die amerikanischen Behauptungen; außerdem betonte Jiang in diesem Zusammenhang während seines Pakistanbesuchs besonders nachdrücklich, daß die VRCh die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Südasien

sowie im Indischen Ozean mit Nachdruck unterstütze. China wolle Pakistan keinesfalls nuklear aufrüsten, unterstütze aber andererseits den Bau von Kernkraftwerken. Demnächst wolle es in Pakistan sogar ein zweites KKW mit einer Leistung von 300 MW errichten, kündigte Jiang bei seinem Besuch an. Die Frage der Finanzierung müsse allerdings erst noch geklärt werden. Das zweite KKW solle ganz in der Nähe des ersten, ebenfalls mit chinesischer Hilfe errichteten KKW in Chasma in der Punjab-Provinz entstehen. Das erste Werk, das von der internationalen Atomenergiebehörde überwacht wird, geht 1999 in Betrieb.

Chinas Pakistanpolitik war viele Jahrzehnte lang ein Spiegelbild seiner Indienpolitik: Solange China mit Indien eng befreundet war, nämlich in den frühen 50er Jahren, galt Pakistan als Feind. Je mehr sich jedoch die Grenzspannungen mit Indien Ende der 50er Jahre erhöhten, desto interessanter wurde Pakistan für Beijing. Als gar die chinesisch-indischen Grenzspannungen zunahmen, schloß China mit dem Nachbarn Pakistan einen Grenzvertrag ab (1961), stellte sich des Weiteren in der Kashmirfrage hinter Pakistan und leistete dem südwestlichen Nachbarn auch bei jeder militärischen Auseinandersetzung mit Indien wirtschaftlichen und militärischen Beistand. Seit damals auch stand Pakistan unter den Empfängern chinesischer Wirtschaftshilfe einsam an erster Stelle: China lieferte Kleinfabriken, baute Straßen, richtete, wie erwähnt, in Taxila eine Schwermaschinenproduktionsanlage ein und lieferte nicht zuletzt Flugzeuge und Panzer. Schließlich wurden Pakistan und China regelrecht zu Waffenbrüdern, vor allem im Zusammenhang mit dem Kashmirkrieg von 1965 und dem Abfall Ostpakistans, der zur Gründung Bangladeshs im Jahre 1971 führte. In beiden Fällen hatte Indien - sehr zum Mißfallen Chinas - die Oberhand behalten - und China beeilte sich daher, Pakistan jedesmal wieder neu aufzurüsten. Als Indien 1971 gar in enge Beziehungen zur Sowjetunion eintrat, rückten China und Pakistan besonders eng zusammen.

Seit der Wiederannäherung zwischen Indien und China im Jahre 1988 (zum Besuch Rajiv Gandhis im Dezember 1988 vgl. u.a. C.a., Dezember 1996, Ü 4), vor allem aber seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1991), haben sich die Gewichte in Südasien grundlegend verschoben: Zwar kann es der Regierung in Beijing nur recht sein,

wenn sich in Südasien die Gewichte zwischen Delhi und Rawalpindi weiter ausbalancieren; an einer Verschärfung des Konflikts kann den Chinesen jedoch längst nicht mehr gelegen sein. Ein dritter Krieg um Kashmir beispielsweise käme China erneut teuer zu stehen, weil es vermutlich wieder einmal als Waffenlieferant für Pakistan einspringen müßte.

Kein Wunder, daß Jiang Zemin bei seinem Besuch immer wieder die Bedeutung der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" hervorhob und daß er die beiden Nachbarn Indien und Pakistan aufforderte, auch in der Kashmirfrage einen friedlichen Ausgleich anzusteuern. China wünsche sich mit den Ländern Südasiens eine Partnerschaft, die möglichst schon nach den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet sein möge (XNA, 2.12.96). Auch die Tatsache, daß Jiang Zemin Indien und Pakistan direkt hintereinander besuchte, und daß dieser indisch-pakistanische Kern zwischen zwei andere, eher nebensächliche Visiten (Philippinen und Nepal), hineingerückt worden war, zeigt, wie sehr sich das Verhältnis zu Delhi einerseits und zu Rawalpindi andererseits verändert hat. Pakistan wird sich darauf einstellen müssen, daß es seinen Vorrang in der chinesischen Asienpolitik nach und nach verliert.

Am 2. Dezember präsentierte Jiang Zemin in einer Rede vor dem pakistanischen Senat die oben erwähnten Fünf Prinzipien für die Entwicklung von "langfristigen, stabilen und freundschaftlichen Beziehungen" mit allen Ländern Südasiens, die allerdings höchst allgemein ausfielen, nämlich (1) Ausdehnung der Kontakte und Vertiefung der traditionellen Freundschaft in den verschiedensten Formen, angefangen von Direktkontakten und Dialogen auf höchster Ebene bis hin zu Verbindungen zwischen den Bevölkerungen, (2) gegenseitiger Respekt und Aufrechterhaltung der Freundschaft über Generationen hinweg, (3) Streben nach gegenseitigem Nutzen und Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Technik, (4) Minimierung der Differenzen und Maximierung der Gemeinsamkeiten sowie (5) Hinarbeiten auf eine gemeinsame Zukunft (XNA, 3.12.96). Es handelt sich hier um eine Anhäufung von Gemeinplätzen, hinter denen ganz offensichtlich das Bemühen der chinesischen Regierung steckt, ihre friedliche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen und nicht zuletzt auch den Staaten Südasiens die Furcht vor hegemonialen Bestrebungen zu nehmen. -we-

*(5)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Südafrika

Am 27. November 1996 gab Staatspräsident Nelson Mandela bekannt, daß sein Land diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnehme und daß die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan bis Ende Dezember 1997 abgebrochen würden; die nichtpolitischen Beziehungen zu Taiwan blieben jedoch von diesem Akt unberührt. (XNA, 5.12.96)

Sowohl für Taiwan als auch für Südafrika hatte dieser Schritt einen bitteren Beigeschmack: Mit Südafrika verlor Taiwan seinen wichtigsten Bezugspartner im Bereich der Außenpolitik, nachdem vorher schon Südkorea und Saudi-Arabien abgesprungen waren.

Mit der Republik Südafrika hatte die "Republik China" am 28.4.1976 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Vorher hatten beide Seiten schon seit Jahren in engem wirtschaftlichen und politischen Kontakt miteinander gestanden, doch hatte sich die nationalchinesische Regierung aus Rücksicht auf die schwarzafrikanischen Länder mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum Apartheid-Staat immer wieder geziert. Erst nachdem sich die meisten afrikanischen Partner von Taipei weggestohlen und sich der VR China zugewandt hatten, sah Taiwan keinen Anlaß mehr, die Schamfrist noch länger hinauszuschieben. Mit merkwürdiger Genugtuung nahm man in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, daß die Chinesen im Apartheid-Staat inzwischen als "Ehrenweiße" (*rongyu bairen*) anerkannt worden seien.

So glänzend funktionierten die gegenseitigen Beziehungen, daß Südafrika auch nach der großen innenpolitischen Wende (weg von der Apartheid) und nach der Wahl Mandelas zum Staatspräsidenten nicht die geringste Lust verspürte, seine Beziehungen zu Taiwan fallen zu lassen. Immer wieder versuchte die Südafrikanische Republik, zu *beiden* chinesischen Staaten gleichwertige Beziehungen aufzunehmen. Als der Präsident am 26. August 1996 in aller Öffentlichkeit von einer beabsichtigten "Doppelanerkennung" sprach, reagierte das bis dahin schon ungeduldige Beijing mit Unverständnis und mit Empörung: Seit Gründung der Volksrepublik sei das Prinzip eines einheitlichen und unteilbaren China stets die Voraussetzung

für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VRCh und anderen Ländern gewesen. Länder, die mit China diplomatische Beziehungen unterhalten, könnten zu Taiwan zwar wirtschaftliche und kommerzielle Kontakte pflegen, unter keinen Umständen jedoch offizielle Beziehungen. Südafrika dürfe da keine Ausnahme bilden. Mandela, der ja selbst einen langwierigen Kampf um die Geburt eines neuen Südafrika habe durchstehen müssen, sollte für Chinas Standpunkt eigentlich besonders viel Verständnis aufbringen: Man stelle sich vor, ausländische Kräfte würden vereinzelte Südafrikaner dazu ermuntern, separatistische schwarze und weiße Homelands in Südafrika zu gründen. Würde der südafrikanische Staatsführer solchen Forderungen wirklich nachgeben!? Ein chinesisches Sprichwort laute: "Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu".

Es treffe auch keineswegs zu, daß es, wie in Südafrika häufig behauptet, *unmoralisch* sei, die Beziehungen mit Taiwan abzubrechen. Tatsache sei doch, daß seit Gründung der Volksrepublik die chinesische Regierung mit dem gerechten Kampf des afrikanischen Volkes gegen den Rassismus stets sympathisiert und seine Sache großzügig unterstützt habe.

Seit drei Jahren warte die VR China nun "geduldig" darauf, daß Südafrika endlich den Realitäten Rechnung trage und sein Verhältnis zur VR China kläre. Das Land möge sich nicht länger von Taiwans "Gelddiplomatie" einwickeln lassen (vgl. dazu C.a., Sept. 1996, Ü 4, Juli 1996, Ü 5 und Februar 1996, Ü 5).

Mandela erhielt für den Wechsel von Taipei zu Beijing in der Presse meist schlechte Noten. Sein Schritt habe gezeigt, daß "die Menschenrechte Wirtschaftsüberlegungen nicht standgehalten" hätten, heißt es in der *South China Morning Post* (SCMP, 3.12.96). Mandela habe dem "rüden Verhalten" ("bullying") Beijings nachgegeben (ebenfalls SCMP, 29.11.96). Die FAZ (3.12.96) sprach von "Doppelmoral": "Mandelas Beteuerungen noch im Spätsommer, das 'unmoralische' Gebot der chinesischen Variante der Hallstein-Doktrin nicht hinzunehmen, sondern eine gleichzeitige Anerkennung beider chinesischer Staaten durchzusetzen, waren am Ende so wenig wert wie die Treueschwüre aus Südkorea vor dem Wechsel Seouls 1992... Die Notgemeinschaft der beiden

'Paria'-Nationen, die in den Zeiten der Apartheid und des taiwanesischen Alleinvertretungsanspruches für ganz China Freundschaft genannt wurde, ist, wie Mandela sagt, 'Südafrikas Rolle in der internationalen Gemeinschaft' nicht mehr angemessen."

Wie wird Taipei reagieren? Noch im August 1996 hatte es Investitionen in Höhe von 3,5 Mrd. US\$ zugesagt. Werden diese Zusagen nun hinfällig oder gibt sich Taipei einen Ruck und setzt verstärkt auf Außenwirtschaftspolitik, wo es mit seiner Außenpolitik an Boden verloren hat? Betrachtet man die Politik Taipeis der letzten 25 Jahre (d.h. also seit seinem Ausschuß aus der UNO), so bleibt ihm wohl keine andere Möglichkeit, als das Gewicht vom außenpolitischen auf das außenwirtschaftliche Standbein zu verlagern, zumal man in Taipei weiß, wie schwer der Schwenk zu Beijing den Südafrikanern gefallen ist, und zwar nicht nur dem Staatspräsidenten. Vor allem der frühere Ministerpräsident und jetzige Vorsitzende der oppositionellen Nationalen Partei, De Klerk, zeigte sich über den Beschluß der Regierung unzufrieden, ja erbost. Mandela habe sich in dieser Frage dem Druck der kommunistisch orientierten Mitglieder im ANC gebeugt.

Taipei wird böse Miene wohl auch deshalb zu gutem Spiel machen müssen, weil sein Außenhandel mit Südafrika nach wie vor auf Hochtouren läuft. Im ersten Halbjahr 1996 betrug der Handelsaustausch 900 Mio. US\$. Darüber hinaus haben rund 620 taiwanesischen Firmen Summen in Höhe von 15 Mrd. US\$ in Südafrika investiert. -we-

*(6)

Aufruf an Nordkorea zu wirtschaftlichen Reformen

Beijing hat Pyöngyang aufgerufen, sich marktwirtschaftlichen Reformen zu öffnen. Bei einem Treffen in Beijing erteilte der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Wu Wangguo seinem Gesprächspartner, dem Direktor der nordkoreanischen Luftfahrtbehörde Kim Yo Ung, den Rat, Nordkorea möge sich möglichst schnell Reformen öffnen. China habe mit seinen nach den Plänen Deng Xiaopings durchgeführten Maßnahmen der Wirtschaftsreform und der Öffnung nach außen beste Erfahrungen gemacht. Nur dadurch auch habe die "Überlegenheit des sozialistischen Systems" erneut unter Beweis gestellt werden können.

Kim räumte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Xinhua ein, er sei u.a. auch deshalb nach China gekommen, um sich mit den wirtschaftlichen Errungenschaften der Volksrepublik vertraut zu machen (XNA, 20.11.96).

Offensichtlich beginnt nun auch das bis auf den heutigen Tag "verschlossene" Nordkorea erste Schritte in Richtung auf eine Öffnung ins Auge zu fassen. Kein anderer Staat kann ihm hierbei besser helfen als das ebenfalls noch "sozialistische" China. -we-

*(7)

Weitere Verbesserungen im Verhältnis zu Vietnam

Vom 17.-20. November besuchte der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses und die Nr. 3 in der chinesischen Führung, Qiao Shi, die SR Vietnam, um, wie es offiziell hieß, die "freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten" weiter voranzutreiben.

Daneben kam es zu einem erneuten Treffen der chinesisch-vietnamesischen Gemeinsamen Arbeitsgruppe über den Verlauf der Landesgrenze; das Gremium traf sich - bereits zum neunten Mal - in Hanoi (VNA in SWB, 21.10.96). Es war von einer "offenen Atmosphäre" und von "Freundschaft" die Rede.

Am 6. Dezember 1996 fuhr überdies, zum ersten Mal seit den vietnamesisch-chinesischen Militärauseinandersetzungen vom Jahre 1979 wieder ein Zug auf der zweiten Eisenbahnstrecke zwischen China und Vietnam. Die insgesamt 761 km lange Linie verbindet Kunming/Provinz Yunnan mit Hanoi, und zwar via Lao Cai.

Bereits im Februar 1996 war die Strecke zwischen Nanning und Hanoi (mit Übergang von der AR Guangxi aus) eröffnet worden.

Am 23. Dezember 1996 wurde überdies die in der AR Guangxi gelegene und direkt an Vietnam angrenzende Stadt Dongxing zu einer weiteren der mittlerweile "14 offenen Grenzstädte" der VR China erklärt (XNA, 24.12.96). Gleichzeitig war am 9. Dezember 1996 eine Abmachung zwischen den Landwirtschaftsbanken der VR China und der SRV über Geldumtausch- und -abwicklungsmodalitäten entlang der gemeinsamen Grenze unterzeichnet worden. Eine solche Abmachung war not-

wendig geworden, nachdem der Grenzhandel zwischen beiden Seiten sich allein im Jahre 1995 auf über 1 Mrd. US\$ gesteigert hatte. Die Bankenzusammenarbeit soll zunächst auf den Bereich Dongxing-Stadt und den vietnamesischen Kreis Hai Ninh beschränkt bleiben (XNA, 10.12.96).

Mit dem offiziellen Handel geht freilich auch ein reger Schmuggel einher, dem die Behörden beider Nachbarstaaten offensichtlich gleichermaßen hilflos zusehen.

Qiao Shi war vom 4.-23. November unterwegs gewesen; er hatte dabei fünf Länder besucht, nämlich die Türkei, den Iran und Jordanien sowie, am Schluß, Vietnam und Laos (XNA, 24.11.96). -we-

*(8)

China und Zentralasien

Bei seiner Fünf-Länder-Tour, die Qiao Shi, die Nr.3 in der chinesischen Führung, in die Türkei, nach Jordanien, in den Iran (sowie, gleichsam im Anhang, auch noch nach Vietnam und Laos) unternahm, waren zwei Hinweise besonders bemerkenswert: In Ankara richtete Qiao an die türkische Regierung die Botschaft, daß "Xinjiang historisch ein unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums" sei und daß China "gegen jede Art von Separatismus angehen" werde (XNA, 9.11.96).

In Teheran betonte er, daß "niemand die chinesisch-iranischen Beziehungen beeinträchtigen" könne (Radio Teheran in SWB, 18.11.96).

Angesprochen waren hier mehrere Themen, die gerade für Zentralasien besonders wichtig sind, nämlich der Pan-türkismus, der Separatismus und nicht zuletzt der islamische Fundamentalismus, als Strömungen, die, wenn sie konsequent vorangetrieben würden, für den Fortbestand Xinjiangs alles andere als unbedenklich wären. Besser also, mit möglichen Initiatoren wie der Türkei und dem Iran ständig im Gespräch zu bleiben! -we-

*(9)

"Scharfe Verurteilung" der Geiselnahme in Peru

Im Dezember 1996 besetzte die "Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru" die japanische Botschaft in Lima und hielt

von da an Dutzende von Geiseln fest, um auf diese Weise die Freilassung mehrerer Hundert Dissidenten zu erreichen, die in peruanischen Gefängnissen einsitzen.

Am 20. Dezember 1996 verurteilte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, die Maßnahme mit den Worten "wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen diesen Akt des Terrorismus" (XNA, 21.12.96).

Noch zur Zeit Mao Zedongs wäre das Vorgehen der Tupac Amaru wahrscheinlich als revolutionäre Heldentat verklärt worden! -we-

*(10)

Der Yasukuni-Schrein - ein schwarzes Symbol!

Der Yasukuni-Schrein in Tokyo ist ein shintoistisches Heiligtum, in dem auch die Geister einiger Generäle des Zweiten Weltkriegs verehrt werden, die als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind und die nicht zuletzt in China blutige Spuren hinterlassen haben.

Seit Jahrzehnten gilt der Schrein deshalb den Chinesen aller Länder, sei es nun der Volksrepublik, Taiwans oder Singapurs als Symbol des japanischen Imperialismus, ja japanischen Verbrechen. Ein Ministerpräsident, der es wagt, dem Schrein eine Visite abzustatten, darf sicher sein, in Beijing sogleich auf die schwarze Liste gesetzt und zum Ziel heftiger Attacken durch die chinesischen Kommunikationsmittel erhoben zu werden.

Im Dezember 1996 hat das außenpolitische Komitee der regierenden japanischen LDP einen Beschluß gefaßt, demzufolge ausländische Politiker in Zukunft auch zum Besuch des Yasukuni-Schreins eingeladen werden sollen.

Auf die Frage, welche Haltung China zu diesem Beschluß einnehme, antwortete Cui Tiankai, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums folgendermaßen: "Wir sind darüber äußerst entrüstet und verurteilen den Beschluß dieser Institution der LDP, also der regierenden Partei Japans, da er die Gefühle der Chinesen und aller Asiaten erneut verletzt. Wie allgemein bekannt, befinden sich im Yasukuni-Schrein die Gedenktafeln hochkarätiger japanischer Kriegsverbrecher einschließlich Tojos. Ob man diesen Schrein besucht oder sich von ihm fernhält, ist gleichbedeu-

tend mit der Frage, ob man ein korrektes Verständnis für die historische Periode der Aggression der japanischen Militaristen hat oder nicht. Eine solche irrierte Entscheidung der LDP wird ganz gewiß das Mißtrauen und die Verurteilung der asiatischen Nachbarn nach sich ziehen. China hofft, daß die Japaner danach streben, das Vertrauen ihrer asiatischen Nachbarvölker durch eine gründliche Überprüfung ihrer eigenen Vergangenheit zurückzugewinnen und den Weg der friedlichen Entwicklung weiterzuverfolgen" (XNA, 3.12.96). -we-

*(11)

Corrigendum

Im Dezemberheft 1996 wurde, im Zusammenhang mit der Reise des deutschen Bundespräsidenten nach China, fälschlicherweise gemeldet, daß auch Außenminister Kinkel zu der Delegation gehört habe. Dies ist unrichtig. Vielmehr war das Außenministerium durch Staatsminister Schäfer vertreten. -we-

Innenpolitik

*(12)

Bombenanschlag in Lhasa: Neue politische Kräfte in Tibet am Werk

Am frühen Morgen des 25. Dezember 1996 explodierte am Haupteingang einer Regierungsbehörde im Stadtzentrum Lhasas ein Sprengsatz, der Zerstörungen im Umkreis von etwa einhundert Metern anrichtete. Menschen kamen offenbar nicht zu Schaden. Jedoch handelt es sich bei dem Sprengsatz um den größten, der bei einem Anschlag in Lhasa bisher gezündet wurde.

Politische Führung und Sicherheitsorgane der "Autonomen Region Tibet" reagierten mit Aufrufen zu einer verschärften Verfolgung von "separatistischen" Kräften, die der "Dalai-Clique" zugerechnet werden. Eine Belohnung von einer Million RMB Yuan wurde für Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führen. Der für den Sicherheitsapparat zuständige stellvertretende regionale Parteisekretär kündigte an, daß man diesen Fall, "koste es, was es wolle", mit besonderer Energie und Geschwindigkeit aufklären müsse.